

dieZeitung

Freiheit Machtbegrenzung Achtsamkeit Schwarmintelligenz



Zum Geleit

Liebe Leserinnen und Leser,

vielfältig sind die Probleme, die uns die Politik des letzten Jahrzehntes – und vor allem der letzten 3 Jahre – beschert hat und nie waren wir von deren Lösung weiter entfernt als heute. Ein auf Gewinn basierendes Gesundheitssystem, ein Steuersystem für Reiche, eine Politik für Großkonzerne statt für die Gesellschaft, Kriegsrhetorik in der Außenpolitik und vieles, was nur neue Probleme schafft, wird als Erfolg angepriesen. Dazu werden Entscheidungen immer mehr ideologisch gefällt, statt mit Sachverstand. Zweierlei Maß, Vetternwirtschaft und Skandale sind an der Tagesordnung und eine Änderung ist nicht in Sicht.

Nichts zeigt dies deutlicher als der aktuelle Umgang mit herrschenden Kriegen: Waffenlieferungen sind alternativlos, die Unterteilung in gute und schlechte Opfer, die Verklärung der Tatsachen durch Weglassen der Vorgeschichte und wer dies kritisiert, wird sofort gecancelt und als Nazi und Putin-Versteher diffamiert.

All dies verursacht immense Schäden, gesellschaftlich und wirtschaftlich, und muss sofort beendet werden!

Lasst uns wieder einander zuhören, die Meinung des Anderen akzeptieren, die Leisen zu Wort kommen lassen, verschiedene Alternativen entwickeln und die Betroffenen an Entscheidungen beteiligen.

Lasst sie uns gemeinsam leben, die Basisdemokratie!

David Murcek



Foto: F. Rödel

Frieden:

Unsere Friedensleitlinien übertragen auf Gaza und Ukraine-Konflikt. Warum Waffen keinen Frieden schaffen!

Seite 2

Ländersachen:

Auszüge aus unserem Programm, unsere Ideen für den Landtag und was er regelt.

Seite 3

51%-Kampagne:

Wie ein neues Konzept die Politik verändern könnte und was dafür notwendig ist.

Seite 4

Wichtige Themen:

Von Gesundheit über die Sächsische Verfassung bis WHO-Pandemie-Vertrag.

Seite 5

Unsere Kandidaten:

Wir stellen die Landesliste und unsere Direktkandidaten vor.

Seite 6 bis 10

Themenseite:

Gewohntes und Neues

Seite 11

Zu guter Letzt:

Die zerbrechliche Demokratie und die Democracy App

Seite 12

In Sachsen gibt es 3,3 Millionen wahlberechtigte Bürger, davon gehen etwa 2,2 Millionen wählen.

Diese Zeitung hat eine Auflage von 100.000 Stück.

Bitte geben Sie dieZeitung nach dem Lesen weiter.

Leitartikel Frieden

dieBasis ist die einzige Friedenspartei

Die überwältigende Mehrheit aller Menschen will eine friedliche Welt, in der alle Mitglieder der Menschheitsfamilie gleichberechtigt leben können.

Die hier formulierten Leitlinien entsprechen dem Grundverständnis

der Partei, das durch die vier Säulen getragen wird. Diese sind auch Grundlage für die Friedenspolitik der Partei dieBasis.

Die Partei dieBasis achtet die freie Selbstbestimmung, die territoriale Unversehrtheit, die politische Unabhängigkeit und die Gleichberechtigung aller Staaten, wie sie in den Grundsätzen der UN-Charta der Vereinten Nationen und im Völkerrecht formuliert sind.

Freiheit: In allen Ländern dieser Welt wollen die Menschen in Freiheit und Frieden leben; frei von Dominanz, egal ob finanzieller, wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Art.

Machtbegrenzung: Das Völkerrecht der Charta der Vereinten Nationen dient dazu, alle Länder - und seien sie noch so klein und besonders - völkerrechtlich gleich zu stellen. Imperien mit ihren Finanz- und Wirtschaftsmonopolen, ihren Rüstungs- und Militärapparaten dürfen die internationalen Beziehungen nicht einseitig für ihre Interessen dominieren.

Achtsamkeit: Wir achten und respektieren, dass andere Nationen, Staaten und Regionen andere kulturelle Wurzeln und eine andere Geschichte haben - mit eigenen, selbstbestimmten Entwicklungswegen. So wie wir erwarten, dass unsere kulturellen Wurzeln und unsere Souveränität respektiert werden.

Schwarmintelligenz: Wir fördern die faire und auf beiderseitigem Nutzen basierende wirtschaftliche, kulturelle, wissenschaftliche, sportliche und politische Zusammenarbeit der Länder. Nur so kann für alle Länder und Menschen die "Weisheit der Vielen" fruchtbar werden.

Zum Ukraine Konflikt: Positionen aus der Partei dieBasis

Ein erster deeskalierender Schritt im Ukraine-Konflikt sollten diplomatische Bemühungen der Bundesregierung zur friedlichen Beilegung des Konfliktes sein, statt weiter der militärischen Eskalationslogik zu folgen.

Die derzeitige Bundesregierung verschlimmert das sinnlose Blutvergießen mit Waffenlieferungen und einer einseitigen Parteinarbeit für die Kriegspartei USA/NATO/Ukraine. Mit Waffenlieferungen und der Ausbildung ukrainischer Soldaten macht sich Deutschland entgegen seiner eigenen Verfassung zur Kriegspartei.

Waffenlieferungen sind sofort einzustellen.

Das Vordrängen der NATO bis an die Grenzgebiete (Donbass) zur Russischen Föderation hat mehrere diplomatische Vereinbarungen gebrochen, u.a. die „Charta von Paris für ein neues Europa“ vom November 1990 als Ergebnis der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), weiterhin den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges (USA, UdSSR, F, GB) vom November 1990 sowie die „Gedenkklärung von Astana auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft“ der OSZE vom Dezember 2010.

Eine friedliche Beilegung des

Ukraine-Konfliktes kann jedoch nur gelingen, wenn die Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation, wie sie zuletzt im November 2021 von der russischen Regierung formuliert wurden, in diplomatischen Verhandlungen ernsthaft diskutiert werden.

Die Partei dieBasis unterstützt den Wunsch nach einer neutralen Ukraine.

Das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerungen, z.B. auf der Krim und in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk, sollte geachtet werden.

Die Partei dieBasis setzt sich für Verhandlungen und Kooperation mit Russland für die Wiederaufnahme von Rohstofflieferungen ein.

Reparatur und Inbetriebnahme aller Nord Stream Pipelines. Die Politik der derzeitigen Bundesregierung fügt der deutschen Wirtschaft und der Bevölkerung unnötigen Schaden zu und verschleiert die eigentlichen Ursachen für die fortlaufende Verteuerung des Lebensunterhaltes. Europäische und amerikanische Energielieferanten machen über Börsengeschäfte und marktradikale Handelsplätze Rekordgewinne mit der elementaren Energieversorgung. Bezahlen muss das eine zunehmend verarmende Bevölkerung. Leidtragende sind private Haushalte, der wirtschaftliche Mittelstand und das industrielle Rückgrat der deutschen

Gaza-Streifen

Erklärung zur humanitären Katastrophe von dieBasis AG Frieden 20.03.2024

Am 29.02.2024 berichtete Anti-Spiegel unter Berufung auf den Fernsehsender Hadath TV davon, dass im Gaza-Streifen bei der Verteilung von Hilfsgütern durch einen Waffeneinsatz der israelischen Armee 150 Menschen ums Leben gekommen sind und ca. 1.000 verletzt wurden.

Andere Berichte besagen, dass es zur Anwendung von Schusswaffen der Armee erst aufgrund einer Massenpanik beim Verteilen der Hilfsgüter gekommen ist. Der größte Teil der Toten und Verletzten soll durch die Auswirkungen von Panikreaktionen und durch den Massenansturm zustande gekommen sein.

Die genauen Umstände der Todesfälle können wir auf Grund der Widersprüchlichkeit der Meldungen nicht beurteilen. Es ist aber generell immer schwer, verlässliche Informationen aus Kriegsgebieten zu erhalten.

Bekanntlich stirbt im Krieg die Wahrheit zuerst und meist schon vor Beginn, zwecks Rechtfertigung des Einsatzes von Kriegsmaterial. Was wir aber in diesem Zu-

sammenhang feststellen können ist, dass die eigentlichen Ursachen für diese humanitäre Katastrophe in dem schon seit über fünf Monaten dauernden Rache-Feldzug, der hermetischen Abriegelung des Gaza-Streifens, den Zerstörungen und der Verhinderung von Hilfslieferungen durch die israelische Armee liegen. Diese haben zu einer Hungerkatastrophe geführt, bei der täglich viele unschuldige Menschen sterben.

Deshalb fordert die Partei dieBasis, dass sich die Bundesregierung sofort für einen Stopp der Kampfhandlungen zwischen Israel und Palästina sowie für die Aufhebung der Blockade des Gaza-Streifens einsetzt!

Außerdem fordern wir:

- Keine Verhinderung, sondern Ausweitung der Hilfslieferungen für die Zivilbevölkerung!
- Keine deutschen Waffenlieferungen in Kriegsgebiete!
- Einhaltung des Völkerrechts!
- Umsetzung der Sofortmaßnahmen zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung im Gaza-Streifen laut Urteil des Internationalen Gerichtshofs für Menschenrechte in Den Haag vom 26.01.2024!
- Sofortiger bedingungsloser, dauerhafter Waffenstillstand im Gaza-Streifen!

Wirtschaft. Die weitere Verschärfung der sozialen Spaltung und der wirtschaftlichen Belastungen für Privathaushalte und mittelständische Betriebe zeichnet sich bereits überdeutlich ab.

Rohstoffe und Produkte der existenziellen Grundversorgung dürfen nicht länger Gegenstand von Spekulationen sein.

Die Übergabe unserer Grundversorgung an Privatmonopole (auch bei der Wasserversorgung) gehört zu den wesentlichen Ursachen für globale Hungersnöte und die Verschlechterung der Lebensbedingungen in vielen Ländern dieser Erde. Sie müssen mit gesetzlichen Mitteln verhindert und beendet werden.

Die Partei dieBasis setzt sich für die uneingeschränkte - in unserem Grundgesetz garantierte - Meinungs- und Pressefreiheit ein. Versuche zur Einschränkung durch Diffamierungskampagnen und Zensur sind abzulehnen.

Die Vorbereitung der Bundeswehr zur Unterdrückung von Protestdemonstrationen sind mit unserem Grundgesetz unvereinbar.

Die Erfahrung des deutschen Faschismus hat uns gelehrt, dass der Einsatz einer Armee im Inneren die demokratischen Grundlagen zerstört. Sollten solche Pläne existieren, lehnt dieBasis diese zutiefst ab.

In einer Zeit, in der die Gewaltenteilung und wesentliche Grundrechte unseres Grundgesetzes ausgehöhlt werden, betonen wir ihre elementare Voraussetzung für Demokratie und wollen basisdemokratische Entscheidungsstrukturen stärken.

Die hier formulierten Positionen wurden auf dem bundesweiten Vernetzungstreffen der Arbeitsgemeinschaft Frieden der Partei dieBasis vom 14.-15.05.2022 und darauf aufbauend auf der Friedenskonferenz der Basisdemokratischen Partei Deutschlands vom 10.-11.09.2022 in Hamburg gemeinsam erarbeitet.



"Schwerter zu Pflugscharen"

Am 4. Dezember 1959 schenkte die Sowjetunion der UNO eine Bronzeskulptur von Jewgeni Wiktorowitsch Wutschetitsch. Die Skulptur wurde im Garten des UNO-Hauptgebäudes in New York City aufgestellt.

(Quelle: Wikipedia)



ImageBROKER / Sylvio Dittrich / Alamy Stock Foto

Was regelt der Landtag?

Der Sächsische Landtag hat gar nicht so viele Möglichkeiten, um als Gesetzgeber tätig zu werden. Sie begrenzen sich auf das:

- Schul- und Hochschulrecht
- Presse- und Rundfunkrecht
- Kommunalrecht
- Polizeirecht
- Bauordnungsrecht
- Straßenrecht
- Wasserrecht

Landesgesetze dürfen Bundesgesetzen nicht widersprechen, passiert es doch, dann gilt: Bundesrecht bricht Landesrecht.

Zum derzeitigen Zeitpunkt müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass unser Landtag keinen direkten Einfluss auf Gesundheitsfragen, Außenpolitik oder Friedensverhandlungen hat.

Er kann sich eine neue Verfassung geben und vielleicht damit die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide senken. In dieser Legislaturperiode wurde das, trotz Versprechen, nicht eingehalten. Schauen wir hoffnungsvoll auf die 8. Wahlperiode.

Quelle: So arbeitet der Sächsische Landtag von Schöne und Heer 2020 (H. Schöne/S. Heer)

Constanze Grottker



Frank Bienewald / Alamy Stock Foto

Unser Programm

Diese Themen aus unserem Programm bilden die Grundlage für unseren Wahlkampf 2024

Demokratie neu gedacht:

Basidemokratie bedeutet, dass alle Menschen die Möglichkeit bekommen sollen, an der Entscheidungsfindung teilzuhaben. Durch Bürgerräte, Volksbegehren oder -entscheide können die Menschen wieder aktiv in das politische Geschehen eingebunden werden. Durch konkrete Angebote zum Austausch entsteht ein Meinungsbildungsprozess, in den sich jeder einbringen kann. Hierdurch entwickeln sich politische Forderungen direkt aus der Gesellschaft heraus.

Deshalb fordern wir: Die Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide auf ein mögliches Maß herabzusetzen.

Kommunalpolitik:

Basidemokratie beginnt auf der kommunalen Ebene. Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte sind die politischen Vertreter mit der größten Nähe zum Bürger. Wir sehen daher zwei wesentliche Aufgaben für unser politisches Wirken:

Zum einen braucht es eine Reform der Gemeindefinanzierung. Zum anderen gilt es, das Subsidiaritätsprinzip zu gewährleisten, sodass Entscheidungen so nah wie möglich am Bürger getroffen werden.

*Wir sind die Menschen
und die Zukunft machen
wir gemeinsam!*

Bildung:

Unsere zentrale Forderung ist das Recht auf Bildung, statt einer Schulbesuchspflicht. Darüber hinaus stellen wir uns den Fragen:

- Wie kann Schule gestaltet werden, damit sie dies leisten kann?
- Wie kann die Vielfalt der Bildungsangebote gefördert werden?
- Wie wird eine freie Wahl des Bildungsangebots unabhängig vom Einkommen ermöglicht?
- Wie sieht eine Lehrerbildung aus, die diesem Anspruch gerecht wird?

Medien:

Wir setzen uns für die im Grundgesetz garantierte Zensurfreiheit ein und treten allen Bestrebungen entgegen, die den freien Meinungsaustausch behindern.

Unser Programm wird auf der höchsten Mitgliederversammlung, dem Landesparteitag, beschlossen. Zwischen den Parteitagen befragen wir mit einem Konsensierungsmodul unsere Mitglieder zu ihrer Meinung bei aktuellen Fragen.

So haben wir in Vorbereitung der Kommunal- und Landtagswahlen eine Konsensierung durchgeführt, bei der jedes Mitglied die Themenbereiche herausarbeiten konnte, die seiner Meinung nach eine wichtige Rolle im Wahlkampf spielen sollten. Im Vorfeld wurden den Mitgliedern Vorschläge unterbreitet und nach eigenen Ideen gefragt. Wir kamen auf 144 Punkte. Diese wurden konsensiert, d.h., es wurden die Widerstände abgefragt. Das reicht weit über eine einfache Abstimmung hinaus. Es ergibt ein differenzierteres Bild, weil die Akzeptanz zu den einzelnen Themen im Ergebnis festgehalten wird. An erster Stelle steht das Thema, welches am wenigsten abgelehnt wird und damit von allen Beteiligten mitgetragen werden kann.

Angesprochene Themen betreffen die Bundesebene, ebenso wie Landes- und Kommunalbereiche.

Beim **Schutz der Lebensgrundlagen** stehen unsere Mitglieder für Nachhaltigkeit, anstelle von Klimaschutz, für echten Natur- und Umweltschutz (z.B. fordern unsere Bauern keine weitere Flächenversiegelung), sowie regionale Kreisläufe und sehen den Erhalt unserer Kulturlandschaft und der Artenvielfalt als wichtig an.

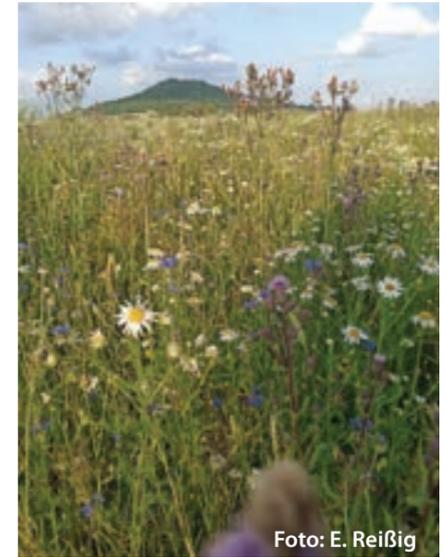


Foto: E. Reißig

Als besonders wichtige **Landesthemen** sehen die Mitglieder die Refinanzierung und Investitionen kommunaler Krankenhäuser durch den Freistaat, die Stärkung familiengerechter Strukturen, die Gewährleistung öffentlicher Daseinsfürsorge im ländlichen Raum, die Stärkung regionaler Produzenten/Unternehmen und die Verhinderung weiterer Rüstungsbetriebe, sowie keinerlei Rüstungstransporte auf Sachsens Straßen.

Den ganzen Text unseres Programmes können Sie auf unserer informativen Webseite nachlesen:

(Link: <https://diebasis-sachsen.de/programm/>).



Wenn Sie unserem Programm zustimmen, dann wählen Sie die „Basisdemokratische Partei Deutschland“, dieBasis, am 1. September 2024, dem Weltfriedenstag.

Constanze Grottker



Vorwort

Ist das Grundgesetz ein Glücksfall und auch nach fünfundsiebzig Jahren in guter Verfassung?

Ist die Bundesrepublik Deutschland noch in guter Verfassung?
Die Antwort lautet: **Nein**

Die parlamentarisch-repräsentative Ordnung ist ein demokratisches Trugbild. Die Repräsentanten der etablierten Parteien haben die Gewaltenteilung beseitigt, indem sie Legislative, Exekutive und Judikative unter ihre Gewalt gebracht haben. Alle Staatsgewalt geht von ihnen ohne Widerspruchsmöglichkeit durch den Souverän, das Volk, aus. „Die Frage ist erstens, welche Wirkung überhaupt vom Volke aus geht. Sie ist ungemein gering. Selbst die Wahlen sind keine eigentlichen Wahlen, sondern Akklamation zur Parteienoligarchie.“¹ Das deutsche Volk hat mehrheitlich im Untertanengeist den Parteienstaat als die beste aller Welten akzeptiert und beugt sich der permanenten Bevormundung durch ihre Anführer. Dieses System ist zur Vollendung gelangt mit der freiwilligen Unterwerfung aller Kreise aus Gesellschaft, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft. Die Medien haben sich der Parteienoligarchie bedingungslos als ihr willfähiges Propagandainstrument angeschlossen. Es gibt nur noch von Wenigen Widerspruch, die unnachlässig vom Mainstream verleumdet – Rechts-extreme, Nazis – und geächtet werden. Die Wenigen wagen es IHREN großartigen demokratischen Rechtsstaat zu delegitimieren und müssen deshalb von IHREM Verfassungsschutz und einer Vielzahl anderer Sicherheitsorgane „aus dem Spiel“ genommen werden. Aber wer delegitimiert eigentlich die Demokratie, die Gewaltenteilung, den Rechtsstaat? Hätte Friedrich W. Nietzsche recht, wenn er zu diesem Repräsentantenstaat feststellen würde: „Der Staat redet in allen Zungen des Guten und Bösen und was er auch redet, er lügt und was er auch hat, gestohlen hat er’s.“² Ein deprimierender Befund, der einer näheren Überprüfung standhält.

Von Friedemann Willemer

¹ Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik*, R.Piper & Co. Verlag, München 1966, Seite 131

² Friedrich Wilhelm Nietzsche, *Also sprach Zarathustra*

Der vollständige Artikel steht auf unserer Webseite.

Demokratie - jetzt oder nie!

In einer Welt, in der traditionelle Parteien oft als Teil des Problems gesehen werden, liegt der Schlüssel zur Veränderung womöglich im Entstehen einer kontrollierenden Instanz. Einer Bewegung, die Werte lebt, Mitbestimmung atmet, gesellschaftlicher Zersetzung trotzt und

nicht ausgrenzt. Diese Vision führte 2020 zur Gründung von dieBasis als Bewegung, gezwungenermaßen im Korsett einer Partei.

Das Konzept: Die Säulen Achtsamkeit, Machtbegrenzung, Schwarmintelligenz und Freiheit als Rahmenbedingungen, stehen dafür, dass die Interessen und Bedürfnisse aller Menschen gehört werden können. Auf Bundesebene war der Erfolg bisher begrenzt, was viele enttäuschte. Aufgeben war und ist keine Option. Besonders in Sachsen zeigt sich ein ermutigendes Bild: Trotz medialer Ignoranz oder Verächtlichmachung ist hier ein Vorbild entstanden, das helfen kann, eine gespaltene Gesellschaft zu heilen. Es bedarf nur eines Beispiels, das demonstriert, wie die Zivilgesellschaft Demokratie von Innen heraus erschaffen kann, ganz ohne Widerstand gegen „das System und seine parasitären Strukturen“, indem sie sich kollektiv vom Konsumenten einer „Demokratiesthew“ zum Gestalter ihrer Wirklichkeit ermächtigt.

Die Möglichkeiten des Grundgesetzes reichen aus, um diesen Wandel friedlich und legal zu vollziehen. Jetzt braucht es das Bewusstsein, den Willen und den Mut, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Eine Bewegung, quer durch alle politischen Lager, die sich für diese Werte einsetzt, würde in Medien und Gesellschaft Beachtung finden und könnte unübersehbar deutlich machen, was die Zivilgesellschaft will. Die Menschen wollen Frieden und eine ehrliche, vorurteilsfreie Aufarbeitung der Corona-, Umwelt-, Gesundheits-, Sozial- und Außenpolitik. Alle Vorgänge in Bezug auf die Einschränkung von Grundrechten sollen ungeschwärzt offengelegt werden, um zielgerichtete Hilfestellung, Versöhnung und Ausgleich zu ermöglichen.

Das Ergebnis wird zeigen, ob der Rechtsstaat noch intakt ist. Schon Konfuzius wusste: **„Wer einen Fehler macht und ihn nicht korrigiert, begeht einen zweiten!“**

Eine echte Demokratie verfügt nicht nur über eine Gewaltenteilung, sondern eine Gewaltentrennung, damit autokratische Tendenzen keine Wirkung entfalten. Richter sollen in Zukunft nicht mehr von Parteien bestimmt, sondern demokratisch gewählt oder ausgelost werden. Die Freiheit stirbt, wenn die Menschen ihre demokratischen Rechte nicht mit jeder Generation neu einfördern.

Ein unkonventioneller Weg für Sachsen: die 51%-Kampagne

Der im aktuellen Koalitionsvertrag vereinbarte Abbau von gesetzlichen Hürden für Bürgerbeteiligung wurde nicht umgesetzt und bei der nächsten Landtagswahl wird ein Patt zwischen den Lagern erwartet. Wie gelingt es die Hürden für mehr Mitbestimmung abzutragen, die po-

litischen Entscheider an ihre Wahlversprechen zu binden, und dabei für maximale Transparenz zu sorgen?

Hier setzt die **51%-Kampagne** an. Ziel ist es, die Mehrheit der künftigen Abgeordneten für ein freiwilliges, imperatives Mandat¹ zu gewinnen, welches sie an die Aufträge ihrer Wähler bindet. Dieses Mandat ist möglich, obwohl es gesetzlich nicht vorgesehen ist. Stellen wir die zukünftigen Abgeordneten auf die Probe und bauen den notwendigen öffentlichen Druck auf! Unterstützen wir diejenigen Kandidaten, die sich zur 51%-Kampagne bekennen. Diese können parteilos oder Mitglieder jeder Partei sein. Ausschlaggebend ist die persönliche Entscheidung und das öffentliche Bekenntnis der gewählten Abgeordneten für direkte Demokratie.

Die Kampagne stellt alle Wahlprogramme der Parteien auf den Prüfstand und macht klar: Ab September entscheiden die Bürgerinnen und Bürger selbst und die Parteien bekommen den Platz, der ihnen laut Grundgesetz zusteht. Die Abgeordneten sollen so abstimmen, wie es die Wähler in ihrem Wahlkreis tun würden, anstatt Abstimmung nach Parteiprogramm mit Fraktionszwang.

Worauf kommt es nun an? Sobald transparent dargestellt wird, wie die Wähler entscheiden, sind die Abgeordneten aller Parteien aufgefordert, auch so abzustimmen. Von den künftig 120 Abgeordneten des Sächsischen Landtags werden anfangs nur wenige Freiwillige benötigt, die anderen sind im Zugzwang. Sobald sich mehr als die Hälfte der Abgeordneten zu diesem „imperativen Mandat“ bekennt, kann das Volk auch nach der Wahl mitbestimmen. Die Parteien nehmen dann nur noch, die ihnen vom Grundgesetz zugewiesene Rolle wahr: Sie wirken an der politischen Willensbildung mit und erklären Politik verständlich.

Die besten Lösungen entstehen, wenn die Menschen vor Ort einbezogen werden. Besonders hat sich dabei das „**Systemische Konsensieren**“ bewährt. Hier wird durch ein strukturiertes Verfahren sichergestellt, dass alle Aspekte und Details für Alle sichtbar auf den Tisch kommen, ohne das Thema zu zerreden. So ist ein fairer und umfassender Diskurs möglich, der mehrere geeignete, wohldurchdachte Lösungsmöglichkeiten hervorbringt.

Ein detailliertes Meinungsbild entsteht dadurch, dass die Menschen diese Lösungsmöglichkeiten bewerten. Parteien, die diesen Weg gehen, erzielen bessere Ergebnisse als solche, die nur blind ihrem Programm, einer Ideologie, einem Koalitionsvertrag oder den Vorgaben von Interessengruppen folgen.

Ein gutes Beispiel² für konsensbasierte Entscheidungen lieferte dieBasis Sachsen im April 2021: Ein 30-köpfiges Team widerlegte innerhalb einer Woche die Maßnahmen der Coronaschutzverordnung anhand offizieller Quellen und erarbeitete eine alternative Lösung, die einerseits die Kinder aus dem „Schussfeld“ genommen und andererseits den vorhandenen Ängsten in der Bevölkerung Rechnung getragen hätte. Diese wurden ignoriert, obwohl sie Kinderleid und Spaltung hätten verhindern können. Die Veröffentlichung der RKI-Protokolle bestätigt die vorgeschlagene Vorgehensweise.

Dies zeigt, wie dringend die Art und Weise, wie politische Entscheidungen getroffen werden, verändert werden muss. Mit unserer Kampagne geht es auch darum, Politiker vor dem Zugriff von Privatinteressen zu schützen, institutionelle Korruption zu verhindern und funktionierende Lösungen zu finden, die die Grundrechte der Menschen wahren. Entscheidungen sollten möglichst subsidiär unter Einbeziehung der Menschen an der Basis getroffen werden, nicht zentral „von oben“ durch eine Behörde in Brüssel oder hinter verschlossenen Türen von Interessenvertretern ohne demokratische Legitimation.

Was auf kommunaler Ebene entschieden werden kann, gehört auch in die Verantwortung der Kommunen. Dies gelingt nur, wenn deren Haushalte entsprechend ausgestattet sind. Notwendige Strukturreformen auf Landesebene sind nur mit breiter demokratischer Unterstützung durchsetzbar. Dafür ist das Parteiensystem in seiner heutigen Form ungeeignet. Ein schlanker Freistaat darf gerne Verantwortung an die Kommunen zurückgeben!

Zusammengefasst bedeutet die 51%-Kampagne:
Imperatives Mandat + organisierte Mitbestimmung + konsensbasierte Entscheidungen = Sächsische Demokratie.

Was kannst Du jetzt tun?

- Erzähle von der 51%-Idee!
- Besuche Wahlkampfveranstaltungen, sprich Kandidaten an.
- Entwickle die Idee kreativ weiter.
- Schließe Dich der Bewegung für Mitbestimmung an.
- Sprich mit Medienvertretern darüber.
- Organisiere lokale Treffen und Diskussionsrunden.

Gemeinsam werden wir es schaffen. Die Chancen stehen nirgendwo besser als in Sachsen.

Stefan Heinke
Unabhängige Initiative 51%

¹ <https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/M/mandat-245494>

² <https://diebasis-sachsen.de/2021/04/stellungnahme-zur-saechscoronaschvo-vom-30-03-2021/>

"Kräuter im Topf, geht denn das?" Ja, natürlich!

Gesundheit aus der Natur



Foto: C. Grottker

Allerdings sollte man bei Wildkräutern, die von ihnen benötigten Umgebungsbedingungen beachten.

Die Brunnenkresse z.B. benötigt zum Wachsen und Vermehren eine gleichbleibend nasse Umgebung an kleinen sauberen und fließenden Gewässern.

Ich möchte Euch auch ganz besonders ans Herz legen, Kräuter nicht wahllos aus der Natur abzustechen oder zu sammeln. Ich hatte dies schon in einem früheren Artikel angesprochen. Sammeln wir in der Natur, dann bitte nur wenig! Zum Fortbestand der Pflanzen und für die Insekten, sollte der größte Teil stehen bleiben. Wir wollen uns doch auch in den nachfolgenden Jahren daran erfreuen, sowie den Tieren ihre Nahrungsgrundlage lassen!

Hat man auf einem Balkon oder Fensterbrett Platz für Kräutertöpfe, kann es passieren, dass bei Verwendung von Komposterde, neben den eingepflanzten Kräutern auch andere Kräuter aufgehen.

So z.B. Brennnessel, Vogelmiere, Melde oder auch purpurrote Taubnessel. Ist aber gar nicht schlimm: Diese kann man entfernen oder aber mit anderen, auf der Wiese gesammelten Kräutern, zu einem Wildkräutersalat mit einem leicht süßlichen Senfdressing verarbeiten.

Mittlerweile kann man in Supermärkten viele Kräutertöpfe kaufen. Ich ziehe es vor, in einer naheliegenden Gärtnerei meine Kräuter zu erwerben.

So unterstütze ich regionale Geschäfte, habe eine große Auswahl von verschiedenen Kräutern und die Möglichkeit, bei ausgebildeten Fachkräften Informationen zu den jeweiligen Pflanzen zu erhalten. Sie können mir Auskunft über Standortbedingungen, Pflege und Schnitt geben. Vielleicht finde ich dort sogar noch andere

Kostbarkeiten. Ja, es ist sicher etwas teurer, aber ich denke, dass die Qualität überzeugt!

Nun haben wir Kräuter in unserem Garten oder auf dem Balkon und damit die Möglichkeit zur sofortigen Verarbeitung (z.B. als Tee oder Trockenkräuter für den Wintervorrat).

Die gebräuchlichsten Kräuter für Balkon oder Fensterbrett sind:

- Petersilie
- Schnittlauch
- Basilikum

Empfehlen kann ich auch:

- Minze
- Salbei
- Thymian
- Oregano
- Rosmarin
- Gewürzthymian
- eine besondere Kostbarkeit ist die Zitronenverbene für mich

Zur Bepflanzung auf Balkon oder Fensterbrett hat man einige Möglichkeiten. Natürlich individueller auf dem Balkon in Form von kleinen Kräuterschnecken, Kräutertürmchen oder Hängeampeln. Letztens habe ich sogar kleine Pflanztaschen zum Aufhängen in der Gärtnerei entdeckt.

Auf dem Fensterbrett sollte man die Töpfe gut absichern, damit sie nicht herunterfallen und Schaden anrichten.

Auf alle Fälle sollten die Kräutertöpfe auch vor den wechselnden Wetterbedingungen geschützt werden. Sie dürfen nicht zu trocken, aber auch nicht zu nass stehen.

Vielleicht habt Ihr jetzt Lust bekommen, in einer Gärtnerei nach verschiedenen Kräutern Ausschau zu halten, sie zu entdecken und Neues auszuprobieren.

Viel Spaß dabei wünscht Euch
Jeanette Kienitz

Unser Fachausschuss für Bürgerbeteiligung, der im Juli 2023 auf unserem Landesparteitag beschlossen wurde, verfolgte die Vorgänge und Veränderungen für eine neue Verfassung. Hier ein kurzer Überblick. Wir wissen, dass uns dieses Thema in der nächsten Legislaturperiode weiter beschäftigen wird.

Sächsische Verfassung

Direkte Demokratie wird den Interessen der etablierten Parteien geopfert oder woran die Verfassungsänderung in Sachsen scheitert

Mehr Demokratie, mehr Bürgerbeteiligung, mehr Bürgernähe ... wir kennen die vollmundigen Aufrufe der letzten Zeit. Man positioniert sich vor der anstehenden Landtagswahl in Sachsen. Aber ist es wirklich ernst gemeint?

Im Koalitionsvertrag von 2019 hatten sich die Regierungsparteien auf eine wesentliche Verbesserung der Bürgerbeteiligung verständigt und erst Ende 2023 einen Gesetzesentwurf vorgelegt.

Für die Änderung der sächsischen Verfassung ist eine 2/3 Mehrheit im Parlament notwendig. Dafür benötigen die Koalitionsparteien alle Stimmen aus den eigenen Reihen und Stimmen der Opposition.

Es ist ein Gesetzesentwurf entstanden, der durch Zugeständnisse die Zustimmungsbereitschaft der jeweiligen Parlamentsfraktion sichern sollte. So wurden neben den Vereinfachungen für die Inangsetzung eines Volksantrages auch noch weitere Änderungen aufgenommen, wie z.B. Verankerung des Klimaschutzes, europäische Integration und Gleichberechtigung.

Im März wurde die Verfassungsänderung abgesagt. Einige Abgeordnete aus den eigenen Reihen konnten die Änderungen dann doch nicht mittragen.

Thomas Linke



Der WHO-Pandemievertrag kann die nationale Souveränität in Gesundheitsfragen untergraben. Sollte unsere Entscheidungsfreiheit für internationale Direktiven aufgegeben werden?

Deutschland muss auch ohne Bevormundung durch eine nicht demokratisch legitimierte Organisation in der Lage sein, die eigene Bevölkerung im Notfall zu schützen.

Wie siehst du das?

Artikel von Facebook dieBasis-Sachsen



David Murcek

35 Jahre
Automatisierungingenieur

Politik muss für die Menschen gemacht werden und nicht für Konzerne und Einzelinteressen. Miteinander statt Gegeneinander muss das Ziel sein

... weil Nichtwählen

Was bewirkt eine Stimmenenthaltung

Stimmenenthaltung und ungültige Stimmen. Eine Stimmenenthaltung und die ungültigen Stimmen haben beide den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis. Und eine Wahl-Mindestbeteiligung



Matti Rabold

53 Jahre
Meister für Veranstaltungstechnik

Nein, ich möchte nicht Berufspolitiker werden. Aber ich bin bereit, eine Zeit lang Verantwortung für unser Gemeinwesen zu übernehmen und auch zu tragen. Politiker sollten für ihre Entscheidungen haftbar sein.



Romy Löbel

Unternehmerin

dieBasis „labert“ nicht, sondern macht. Während andere gerne Versprechen groß plakatieren und sich nichts ändert. Direkte Bürgerbefragung jetzt! Für eine gute wertschätzende gemeinsame Zukunft für unsere Kinder ebenso, wie für uns und unsere Alten.



Michael Goldberger

64 • Landwirt

Wahlkreis 4 – Zwickau 1

Machtbegrenzung durch Abschaffung des „Berufspolitikers“
Für das politische Handeln sollten nur Bürger mit einem Berufsabschluss zugelassen und das demokratische Mandat nur auf Zeit erteilt werden. Maximal zwei Wahlperioden als Ziel.

S bei Deutschland

eben auch nichts ändert!

haltung, was eine ungültige Stimme?

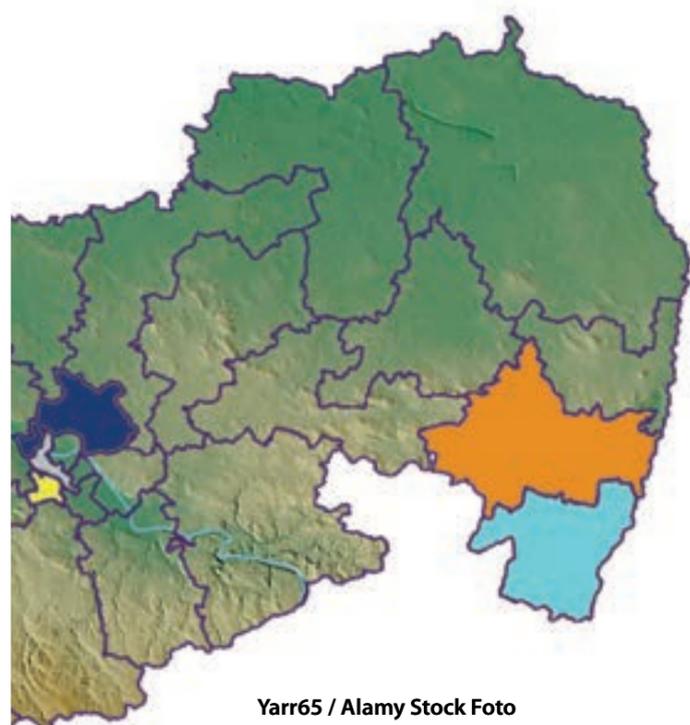
ige Stimme = **Nichtwahl**
 die Abgabe einer ungültigen Stimme ha-
 s auf das Wahlergebnis - **nämlich keinen.**
 ng gibt es in Deutschland auch nicht.



Guido Fischer

43 Jahre
 Erzieher

Jedes Kind soll einen Bildungsgutschein erhalten.
 Dieser enthält freie Schulwahl, kostenlose Freizeitangebote
 und Nachhilfe.
 Es soll ein **Recht** auf Bildung geben und keine Schul-**Pflicht**.



Yarr65 / Alamy Stock Foto



Stefan Heinke

46 Jahre
 Krankenpfleger

Wahlkreis 59 – Görlitz 3

Demokratie existiert dort, wo niemand so reich
 ist, dass er den anderen kaufen kann und
 niemand so arm, dass er sich verkaufen muss.
 Menschen mit einer neuen Idee gelten so lange
 als Spinner, bis sich die Sache durchgesetzt hat.



Niels Reszies

58 Jahre
 Selbständig in Logistik

Wahlkreis 60 - Görlitz 4

Ich stehe für Verantwortungsübernahme im Sinn von
 Selbstverantwortung auf allen Ebenen und für
 menschliche Werte und Individualität. Mich stört am
 meisten die Selbstverantwortungsabgabeerzwingung.
 Es braucht dringend wieder einen gesunden
 menschlichen Austausch und die Möglichkeit, sich ohne
 vorgegebene Denkmuster austauschen zu können.



Stefan Dittrich

36 Jahre
 Mitarbeiter Produktion

Jede Regierung muss die eigene
 Bevölkerung in ihre Entscheidungen mit
 einbinden. Bürgerentscheide sind da eine
 gute Möglichkeit. Das ist echte
 Basisdemokratie. Dafür setze ich mich ein.

**ACHTSAMKEIT BEDEUTET
AUCH, SICH UM DIE
BEDÜRFNISSE ANDERER
ZU KÜMMERN UND
SOLIDARISCH
FÜREINANDER
EINZUSTEHEN.**

Romy Löbel

Wohnort: Chemnitz
Familienstand: Verheiratet
Beruf: Unternehmerin



Wofür stehe ich:

- kein Fraktionszwang
- Abstimmen so wie es die Sachsen vor Ort wollen - Basisdemokratie
- praxisbezogene Bildung und Weiterbildung
- Achtung vor Handwerk, Dienstleistung, Pflege
- direkte Abstimmungen und transparente Berichterstattung meiner Arbeit
- Wertschätzung und Respekt im Alter, finanziell sowie würdevolles Leben

Fachverstand:

- Dozent IHK, ausgebildete Trainerin und Coach Fachbereich Kommunikation
- Langjährige Erfahrung Bereich Verkauf, Dienstleistung, Druck

Stefan Heinke

Alter: 46 Jahre
Wohnort: Großschweidnitz
Familienstand: Verheiratet, 2 Kinder
Beruf: Krankenpfleger



Wofür stehe ich:

- Menschlichkeit als Mittelpunkt der Politik vor Konzerninteressen
- Gute Politik muss daran gemessen werden, wie eine Gesellschaft mit den Schwächsten umgeht.
- Wertschätzendes Miteinander und kooperative Entscheidungsfindung für bessere Ergebnisse statt fauler Kompromisse
- Direkte Demokratie – Volksabstimmungen auf Grundlage von Volksbefragungen statt Auswahl von vorgegebenen Optionen
- Politik auf Augenhöhe und ohne Denkverbote zum höchsten Wohle aller Menschen.

**FÜR EINE POLITIK, DIE
AUF ZUSAMMENARBEIT
UND KOOPERATION
STATT AUF KONKURRENZ
UND GEGENEINANDER
SETZT.**

**JEDER MENSCH HAT DAS
RECHT, SEIN LEBEN NACH
SEINEN EIGENEN
VORSTELLUNGEN ZU
GESTALTEN, OHNE ANGST
VOR ÜBERGRIFFEN ODER
BEVORMUNDUNG.**

Jörg Hampel

Alter: 62 Jahre
Wohnort: Niedermuschütz
Familienstand: in Partnerschaft
Beruf: psychobionischer
Innenweltbegleiter



Wofür stehe ich:

- für ein Einbeziehen der Bevölkerung auf allen Ebenen der Parlamente
- für ein erweitertes Gesundheitswesen in hoher individueller Eigenverantwortung und kostenfreier Basisversorgung für alle
- konsequente Friedenspolitik, Abrüstung, raus aus der NATO, Verhandeln statt Waffen liefern
- Coronaaufarbeitung, kein WHO-Pandemievertrag
- gemeinwohlorientiertes Geldsystem, Bargeld

Fachverstand:

- Baufacharbeiter mit Abitur
- Dipl. – Ing. Bauwesen
- Synergetik Therapeut & Psychobioniker seit 20 Jahren

dieBasis
Landesverband Sachsen

**FREIHEIT BEDEUTET,
SELBSTBESTIMMT ÜBER
UNSER LEBEN ZU
ENTSCHEIDEN, OHNE
EINSCHRÄNKUNGEN VON
AUSSEN.**

Matti Rabold

Alter: 53 Jahre
Wohnort: Leipzig
Familienstand: Ledig, 4 Kinder
Beruf: Meister für
Veranstaltungstechnik



Wofür stehe ich:

- Ermutung aller Menschen, sich an der politischen Willensbildung und Entscheidung zu beteiligen
- Verbindlichkeit basisdemokratischer Entscheidungen (kein „Parlamentsvorbehalt“, keine „Alternativlosigkeit“)
- strikte Trennung von Amt und Mandat
- Digitalisierung auf „menschlicher“ Ebene, Recht auf ein analoges Leben

Fachverstand:

- Familienvater (4 Schulkinder)
- Meister für Veranstaltungstechnik
- Inhaber einer Veranstaltungstechnikfirma

David Murcek

Alter: 35 Jahre
Wohnort: Dresden
Familienstand: Verheiratet, 2 Kinder
Beruf: Automatisierungsingenieur



Wofür stehe ich:

- für sachbezogene statt ideologische Entscheidungen
- stärkere Einbindung der Bürger in Entscheidungen
- Unterstützung der Bürger bei Bürgerbegehren
- stärkeren Fokus auf Bildung und die ausreichende Ausstattung von Bildungseinrichtungen
- Bekämpfung von Lobbyismus und Vetternwirtschaft

Fachverstand:

- Dipl. – Ing. Mechatronik
- 10 Jahre Berufserfahrung Automatisierung

dieBasis
Landesverband Sachsen

**dieBasis STEHT FÜR
EINE POLITIK DES
RESPEKTvollen
MITEINANDERS,
IN DER JEDER MENSCH
GEHÖRT UND ERNST
GENOMMEN WIRD.**

dieBasis
Landesverband Sachsen

**MACHT MUSS DEM WOHL
DER GESELLSCHAFT
DIENEN UND DARF NICHT
MISSBRAUCHT WERDEN,
UM EINZELINTERESSEN ZU
FÖRDERN.**

Constanze Grottker

Alter: 61 Jahre
Wohnort: Dresden
Familienstand: ledig, 3 Töchter
Beruf: Mitarbeiter Begegnungsstätte



Wofür stehe ich:

- Themenbezogene Vernetzung unterschiedlicher Gruppen
- Information der Bürger über ihre Möglichkeiten der politischen Beteiligung
- Ausarbeitung und Aktivierung für basisdemokratische Aktionen
- Kultur stärken als Gemeinschaftserlebnis

Fachverstand:

- Berufsausbildung Baufacharbeiter
- Postzusteller
- Selbständige Einzelhandel
- Stationäre Altenpflege

Jens Haustein

Alter: 57 Jahre
 Wohnort: Mülsen
 Familienstand: Verheiratet, 4 Kinder
 Beruf: Kundenfachberater Groß / Einzelhandel Heizung / Sanitär



Wofür stehe ich:

- Familie ist der Mittelpunkt der Gesellschaft
- Kinder ihr Wohlbefinden, Sicherheit und deren Förderung
- kindgerechte Erziehung
- Mandatsträgerbeschränkung / Zeit und Rechte
- direkte Mitbestimmung

Fachverstand:

- Erfahrung im Bau
- Mehrjährige Erfahrung als Kundenfachberater Groß- / Einzelhandel Heizung / Sanitär

Thomas Linke

Alter: 52 Jahre
 Wohnort: Leubsdorf
 Familienstand: Verheiratet
 Beruf: Bauingenieur



Wofür stehe ich:

- Bürgerbeteiligung bei allen Entscheidungsfindungen auf allen Ebenen
- Ausstattung der Kommunen mit ausreichenden Finanzmitteln zur Eigenverantwortlichen Umsetzung aller kommunalen Aufgaben
- Entbürokratisierung
- Förderung neuer Schulmodelle

Fachverstand:

- Dipl. Bauingenieur
- 28 Jahre Berufserfahrung



Michael Goldberger

Alter: 64 Jahre
 Wohnort: Kirchberg
 Familienstand: Verheiratet, 3 Kinder + 3 Enkel
 Beruf: Landwirt, Dipl.agr.ing.oec.



Wofür stehe ich:

- Sichere Entwicklung zukünftiger Generationen in Frieden, Freiheit und Demokratie
- Lebensnahe Schulbildung in gemeinsamen Klassen
- Landwirtschafts- und Mittelstandspolitik ohne Riesen-Bürokratie
- Bezahlbare Energieerzeugung unter Nutzung deutscher Ingenieurskunst, ohne Zerstörung der Natur und Kulturlandschaft
- Wirklich unabhängige Justiz, vor allem für die Staatsanwaltschaft
- Korruptionseindämmung durch Machtbegrenzung

Fachverstand:

- Jahrzehntelange Berufserfahrung in der Landwirtschaft
- Seit 2013 Tätigkeit in der Berufsausbildung, Bereich "Grüne Berufe"
- Mehrjährige Erfahrungen als ehrenamtlicher Landwirtschaftsrichter
- Landesvorsitzender Sachsen TI – Deutschland, der Antikorruptionsorganisation

Kerry Charles Cherki

Alter: 53 Jahre
 Wohnort: Leipzig
 Familienstand: Verheiratet, 2 Kinder
 Beruf: Bürokaufmann, Dipl.-Betriebswirt



Wofür stehe ich:

- bessere Bildung als Grundlage für eine freie Gesellschaft. Bessere Personal- und Betreuungsschlüssel in unseren Kitas und Schulen.
- Flächendeckende und gute medizinische Versorgung – besonders auch im ländlichen Bereich. Gleichberechtigung von Schulmedizin und sogenannter Alternativmedizin; Augenmerk auf gegenseitigen Nutzen.
- verbindliche Bürgerbeteiligung bei der politischen Willensbildung – auch nach den Wahlen. Veto-Recht bei wichtigen und einschneidenden Entscheidungen der Politik.
- Recht auf ein analoges Leben; für den Erhalt des Bargeldes – Fortschritt und Digitalisierung mit Weitsicht und Augenmaß.



Foto: Stadtverband Dresden

Bürgerbefragung zeigt Wählerwillen

Wählerwillen „ToGo“

Ein Kreuz auf dem Wahlzettel sagt nur sehr wenig über den Wählerwillen aus. War es das geringste Übel? War es ein bestimmter Kandidat? War es ein spezielles Thema im Wahlkampf? Hat die Person schon immer so gewählt? Nach jeder Wahl behaupten alle zu wissen, was die Wähler wollen und genau das jetzt sofort umzusetzen.

Nachfragen notwendig

Wie wäre es, wenn der Wählerwille regelmäßig zu aktuellen Themen abgefragt werden würde? Wie wäre es, wenn regelmäßig Stimmungsbilder oder sogar konkrete Volksabstimmungen durchgeführt würden? Wie oft stünde es, den Vermutungen anhand des Kreuzes auf dem Wahlzettel entgegen? Nur die Wähler wissen, was sie mit ihrem Kreuz gemeint haben und wie sie selbst zu bestimmten Themen stehen. Alles andere ist Spekulation und sollte nie Grundlage von Gesetzen und Verordnungen sein.

Mit gutem Beispiel voran gehen

Während andere nur Hypothesen aufstellen, geht dieBasis in Aktion. Seit Anfang 2023 sind wir bundesweit immer wieder auf der Straße unterwegs und fragen mit unseren Abstimmungssäulen aktuelle Themen ab. Oft sind es Fragen, die vor Ort gerade relevant sind oder in den Parlamenten diskutiert werden. Im Frühjahr 2023 haben wir die Frage „Wie soll sich Deutschland im Ukraine-Krieg verhalten?“ leicht abgewandelt bundesweit gestellt. Das eindeutige Ergebnis war: **Frieden zu verhandeln statt Waffen zu liefern**. Würden die aktuellen Regierenden dies ernst nehmen, wäre das Wort „kriegstüchtig“ schon längst wieder aus dem aktuellen Wortschatz verschwunden.

Kleine Mittel, große Wirkung

Während dieBasis diese Abfragen im Ehrenamt macht, fahren Regierende auf große Empfänge, um sich dort von bekannten Lobbyisten „das Beste für die Gesellschaft“ erklären zu lassen. Während wir ein eindeutiges Ergebnis vom einfachen Bürger auf der Straße liefern, sollte das Geld für Empfänge besser in eine stärkere Einbindung der Bürger in Entscheidungen gesteckt werden.

Manche Rathäuser veröffentlichen im digitalen Zeitalter nicht einmal das, worüber sie entscheiden. Es würde fast nichts kosten, muss aber auch gewollt sein.

Profis wissen es besser?

Oft wird angeführt, dass der normale Wähler dumm sei und doch gar nicht Bescheid weiß, was er da entscheidet. Profis müssten das entscheiden, damit was Sinnvolles rauskommt. Selbst wenn man diese, im Grunde menschenverachtende, These als gegeben annimmt, vergessen diejenigen, dass sie ihre Entscheidung am Ende trotzdem dem Wähler verständlich erklären müssen. Es muss ja die Akzeptanz der Entscheidung erreicht werden. So könnten sie das auch gleich vorher machen und die Bürger in die Entscheidung einbinden.

Wenn mehr Menschen darauf schauen, fallen Gedankenfehler schneller auf. Es ist am Ende eine Win-Win-Situation: die Bürger mit einzubeziehen. Aus Spekulation wird Gewissheit und der Wähler kann mit den Abstimmungssäulen seine Meinung nebenbei, also „ToGo“, klarstellen.

David Murcek

Wie dieBasis Entscheidungen findet

Vom Systemischen Konsensieren

Die Partei dieBasis entscheidet durch **Systemisches Konsensieren**. Dabei sind all unsere Mitglieder zum Nach- und Mitdenken eingeladen, denn Mitmachen ist bei uns ausdrücklich erwünscht und vielfältige Ansichten sind willkommen.

Wie funktioniert das genau?

Sehr viele gesellschaftliche Fragen lassen sich nicht eindeutig mit „Ja“ oder „Nein“ beantworten und auch eine von mehreren Optionen ist selten die einzige „richtige“ Lösung. Deshalb geht dieBasis bei der Entscheidungsfindung einen anderen Weg: Wir hören verschiedene Meinungen und lassen bewusst vielfältige, auch einander widersprechende Perspektiven zu. Dann fragen wir nicht, für welche Lösung unsere Mitglieder sind, sondern wir fragen den „persönlichen Widerstand“ zu den zuvor erarbeiteten Lösungsvorschlägen ab. Dieser liegt zwischen „Null“, für Zustimmung und „Zehn“, dem **vehementen Nein**. Diese Abstufung trägt dazu bei, dass nicht nur die eigene persönliche Präferenz als Lösung akzeptiert wird, sondern auch andere Optionen.

Was gibt es zu essen?

Soll eine Gruppe von zehn Menschen entscheiden, was es zum Mittagessen gibt, erhält sie vielleicht dieses Umfrage-Ergebnis: Drei Personen wünschen sich Pizza, weitere drei mögen lieber Kartoffeln mit Quark, sowie vier Personen am allerliebsten

Nudeln mit Soße. Üblich ist es, dass die Option mit den meisten Stimmen gewinnt, obwohl diese damit nicht unbedingt von einer Mehrheit gewünscht ist. Im Beispiel wären möglicherweise sechs Personen unzufrieden mit der Wahl, weil sie überhaupt gar keine Nudeln mögen oder aber Vegetarier sind.

So schmeckt es Allen!

In einer Konsensierung würde stattdessen der Widerstand gegen die einzelnen Gerichte abgefragt und diese sechs Personen könnten für die Variante „**Nudeln mit Soße**“ eine „10“ vergeben. Dabei finden die Fans der Nudel-Option das Angebot „**Kartoffeln**“ möglicherweise auch ganz lecker und würden es neben dem eigenen Lieblingsessen ebenfalls mit „0“ bewerten. Dadurch ergibt sich bei „**Kartoffeln mit Quark**“ der geringste Widerstand. Oder aber es lässt sich an sehr hohen Widerständen gegen alle Angebote erkennen, dass man sie überarbeiten muss. Das führt zu einer erneuten Konsensierung. So bekommt zwar nicht unbedingt jeder sein Lieblingsgericht, aber alle sind zufrieden und werden satt.

Zugegeben: Dieser Weg ist nicht immer leicht - und schon gar nicht der Schnellste - aber durch die höhere Akzeptanz werden die **gefundenen** Lösungen von der Gemeinschaft stabil und langfristig getragen.



Foto: S. Wagner



Foto: M. Rubrecht



Foto: D. Murcek

Als freie selbstbestimmte Menschen achten wir den anderen und entscheiden gemeinsam über unsere Zukunft.



Foto: M. Tonn

Aktion im Jahr 2020 vom Kreisverband Bamberg

Die Bronzeplastik Centurione I ist ein Werk des polnischen Künstlers Igor Mitoraj aus dem Jahr 1987.

"Ähnlich wie andere Werke Mitorajs weist auch Centurione I Merkmale der Antike in Verbindung mit modernen Elementen des Verfalls auf. Hierbei orientiert sich der Künstler an klassischen Meistern wie etwa Michelangelo und fügt seinen Werken zusätzlich gezielte Beschädigungen zu. So stellt die in Bamberg stehende Plastik das überdimensionale Fragment eines jugendlich wirkenden Gesichts dar. Der Statue fehlen jedoch nicht nur große Teile des Gesichts und der Hinterkopf, sondern auch beide Augen. Hiermit spielt der Künstler sowohl auf die Unvollkommenheit der menschlichen Natur, als auch auf ihre Zerbrechlichkeit an." (Zitat von <https://gobamberg.de/sehenswuerdigkeiten/centurione>) S.W.

Unsere Interpretation: Wir und die Demokratie sind zerbrechlich. Keiner von uns ist vollkommen. Jedoch mit unseren Säulen werden wir besser.

Finde die Taten hinter den Worten

Democracy vs. Wahl-O-Meter



Stimmen die Bundestagsabgeordneten so ab, wie sie es vorher im Wahlkreis versprochen haben? Was steckt wirklich hinter einem schön klingenden Titel eines Antrages im Deutschen Bundestag? Eine zeitaufwändige Suche nach allen Dokumenten und Abstimmungen, die reine Spekulation, ob die Abgeordneten die Meinung der Bevölkerung getroffen haben und die Vermutung, dass es starke Differenzen zwischen den Wünschen junger Menschen und den Entschei-

dungen der Politik gab, brachten Marius Krüger dazu, ein Konzept zu entwickeln.

Die Democracy App war geboren

Mit der daraus entstandenen App kann seit September 2018 nun jeder Interessierte über seine Ansichten zu Gesetzen und Anträgen im Deutschen Bundestag abstimmen, egal ob aus der aktuellen Sitzungswoche oder Vergangenheit. Neben allen wichtigen Dokumenten wird sowohl das Abstimmungsergebnis des Bundestages, als auch der Community angezeigt. Ob diese gewonnene Transparenz von den Abgeordneten sinnvoll eingesetzt wird, hängt von diesen ab.

Differenzen sichtbar machen

Mit seiner ersten Vermutung lag M.Krüger richtig. Wenn man die Community-Ergebnisse betrachtet, so gibt es immer wieder stärkere Differenzen über alle Themen hinweg. Mit der Kampagne „Finde die Taten hinter den Worten“ wurden die Ergebnisse genutzt, um gängige Wahlversprechen zu entlarven. Mit einem „Reality-Check“ wurden die Wahlprogramme den realen Abstimmungen gegenübergestellt und immer wieder mal kleinere und größere Differenzen gefunden.

Wahl-O-Meter

Mit dem Wahl-O-Meter wird das Ganze dann auf die Spitze getrieben. Dieser vergleicht das eigene Abstimmungsverhalten mit den regierenden Parteien und zeigt einem an, wie viel Prozent Übereinstimmung es gibt. So vergleicht man die realen Taten, die Keiner mehr schön reden kann. Bisher beschränkt sich die App auf den Bundestag. Aber jede Wette, dass es sich auf allen politischen Ebenen lohnen würde. David Murcek

*Sei du selbst
die Veränderung,
die du dir wünschst
für diese Welt.*

Mahatma Gandhi



Und falls Sie uns finanziell unterstützen möchten, unser Spendenkonto: DE94 8505 0300 0221 2101 13

Hier können Sie Mitglied werden: <https://diebasis-partei.de/partei/mitgliedschaft>